

Verkehrswende und Klimawandel

Was macht das mit den Parkgebühren?

Verkehrswende und Klimawandel: was macht das mit Parkgebühren?

Autoverkehr ist einer der größten Verursacher vom Klima belastenden CO₂. Die Verkehrswissenschaft macht seit langem darauf aufmerksam, dass es nicht ausreicht, nur ein besseres Angebot bei Bus und Bahnen zu realisieren – Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) muss auch preiswerter sein als Autofahren.

Vor diesem Hintergrund ist eine Diskussion um drastische Preisanpassungen beim Anwohnerparken in Bielefeld losgetreten worden. Of-

fensichtlich ist der Blick auf die soziale Verantwortung verloren gegangen – und die Diskussion erfolgt zur Unzeit.



Es wird Parkzonen mit unterschiedlichen Parkgebühren geben und Zonen mit Anwohnerparken.

In Zonen mit besonders wenig Parkplätzen wird das Anwohnerparken eingeführt. In der Innenstadt sollen vor allem die Park-

häuser benutzt werden – die oft nicht ausgelastet sind. Dafür wurde auf Anregung der LINKEN eine

Park-App mit Anbindung an den ÖPNV beschlossen. In der Innenstadt werden Parkplätze im öffentlichen Raum reduziert – für andere Nutzungen wie Gastronomie und neue Bäume, um der Hitze im Sommer etwas entgegen zu wirken.

Im November soll es die ersten Beschlüsse zum Parkraumkonzept Innenstadt geben. Kritisch sehen wir dabei den Vorschlag der Grünen, das Anwohnerparken von 30 auf 360 Euro jährlich anzuheben. Für DIE LINKE ist klar: wir werden hier nicht mitziehen! Die Parkgebühr für das An-

wohnerparken muss für alle bezahlbar bleiben. Deshalb brauchen wir ein gestaffeltes System, das einkommensschwache Haushalte ebenso berücksichtigt wie übergroße und -breite Autos.

Für eine nachhaltige Verkehrswende muss gerade der ÖPNV ausgebaut und das Angebot verbessert werden. Auch müssen Tickets einfacher und günstiger werden. Langfristig fordern wir als LINKE einen kostenlosen ÖPNV.

Bernd Vollmer

Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE Ratsfraktion

Begehrt

Gemeinschaftliches Wohnen

Wohnen in Gemeinschaft, mit mehreren Generationen, vielfältigen Lebensformen und Interessen wird zunehmend attraktiv. Menschen mit ähnlichen Vorstellungen tun sich zusammen, verständigen sich auf ein Wohnkonzept, suchen Realisierungspartner, planen gemeinschaftsfördernde Architektur und verwirklichen ihr Projekt, indem sie schließlich ihr Zusammenleben selbst gestalten. Immer mit bedacht: ein hoher Anteil sozial geförderter Wohnungen.

In Bielefeld existieren zahlreiche selbstorganisierte Wohnprojekte, die bereits „wohnen“ sowie Wohnpro-

jektinitiativen, die ihr Vorhaben mangels verfügbarer Grundstücke noch nicht realisieren konnten. Die

Fraktion der LINKEN unterstützt diese Initiativen, da es hier um „Wohnen“ und nicht um Profitinteressen

von großen Wohnungsunternehmen geht. Auch die Stadtverwaltung wirbt für gemeinschaftliches Wohnen und versucht relevante Akteure wie Wohnungsunternehmen, Architekten und Investoren für eine Kooperation zu gewinnen. Insbesondere machen sich LINKE Vertreter*innen dafür stark, Wohnprojekte im Rahmen der Baulandstrategie verstärkt zu fördern.



Angelika Beier

Mitglied im Sozial- und
Gesundheitsausschuss

Hilfen bei unbezahlbaren Energiekosten

Dank der Hartnäckigkeit der LINKEN haben die Koalitionsfraktionen bereits im Januar 2022 beantragt, dass der „Runde Tisch Energiearmut“ wieder eingerichtet wird. Somit konnten frühzeitig Verabredungen für Hilfen in der Energiekrise getroffen werden. Neben Information und Beratung zum Energiesparen sowie zu Leistungsansprüchen geht es insbesondere auch um den Umgang mit Zahlungsproblemen. Inzwischen hat das Sozialdezernat eine Übersicht über Beratungsangebote erstellt, siehe <https://www.bielefeld.de/energieberatung>.

Gut zu wissen: Grundversorger müssen bei Zahlungsproblemen eine sogenannte „Abwendungsvereinbarung“ anbieten, um Strom- oder Gassperren zu vermeiden. Dabei handelt es sich in der Regel um eine zinsfreie Ratenvereinbarung. Allerdings können selbst Ratenzahlungen oder Darlehensforderungen bei Leistungsbezieher*innen zu unzumutbaren Härten führen. In diesen Fällen wollen Jobcenter und Sozialamt mögliche Ermessensspielräume prüfen.

Angelika Beier
Mitglied im Sozial- und Gesundheitsausschuss



Tipp für Menschen mit geringem Einkommen

Auch wer ein geringes Einkommen hat und bisher keine Leistungen wie Hartz IV oder Grundsicherung im Alter bezieht, kann bei hohen Nachforderungen für Heizkosten Geld vom Staat bekommen. Wichtig: Zur Fristwahrung muss man noch in dem Monat, in dem die Nachzahlung fällig wird, mindestens einen formlosen Antrag beim Jobcenter bzw. Sozialamt stellen. Für die Überprüfung auf einen möglichen Leistungsanspruch will die Stadtverwaltung ein vereinfachtes Antragsverfahren schaffen.

Weitere Infos: www.energie-hilfe.org

Soziale Dienstleistungen sichern!



Die in Fachkreisen lange bekannte Unterfinanzierung der sozialen Dienste wird immer dramatischer: 77% der sozialen Einrichtungen haben laut Umfrage des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes keine Rücklagen, um die gestiegenen Sach- und Energiekosten zu zahlen.

Das kennen wir auch

aus unserer Stadt!

• Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) schließt soziale Einrichtungen in der Region und teilt der entsetzten Öffentlichkeit mal gerade mit, dass sie die Verantwortung für 400 Auszubildende im Erziehungsbereich nicht mehr tragen kann.

Mit der LINKEN in der Mehrheitskoalition über-

nimmt die Stadt nun die Verantwortung für die Weiterführung.

• Auch das viel gelobte „Bielefelder Modell“ muss seine Finanzlage verbessern. Weitere soziale Träger werden folgen. **Auch hier bleiben wir wachsam!**

Brigitte Stelze
Ratsfrau

Umbenennung: Victor-Tuxhorn-Straße in Edith-Feder-Straße

Die Vertreter der LINKEN in der Bezirksvertretung Schildesche sprachen sich vehement für die Namensänderung der Victor-Tuxhorn-Straße aus. Es war bekannt geworden, dass der als westfälischer Expressionist bekannte Künstler Victor Tuxhorn von 1942 bis 1943 als NSDAP-Pressesammler in

Schildesche fungierte und somit Mitglied der Führung der NSDAP-Ortsgruppe Schildesches war. Seine Funktion bestand darin, auf allen Ebenen bis hin an die Frontsoldaten nationalsozialistische Propaganda zu verbreiten.

Die BZV-Schildesche beschloss nach parteiübergreifender Diskussion ge-

gen die AFD-Vertreterin diesen Straßennamen durch „Edith-Feder-Straße“ zu ersetzen. Edith Feder gehörte der Schildescher jüdischen Gemeinde an und wurde im Lager Poniatowa in Polen ermordet.

Bernd Adolph
Dr. Hartwig Hawerkamp
Bezirksvertreter
Schildesche



Wie geht es den Menschen, die auf Tafeln angewiesen sind?

Es ist erschreckend: Bis zu zwei Millionen Menschen – fast doppelt so viele wie 2020 – sind aktuell auf Einrichtungen wie Tisch und Tafel angewiesen. Es fehlen immer mehr Lebensmittel, Helfer*innen und Spendenquellen. Den Tafeln droht bundesweit der Kollaps.

Wir sprachen mit Menschen, die uns einen Einblick in Ihre Situation gaben. Sie erzählten uns über ihre Forderungen und Kritik an die Politik, ihre Gefühlslage, die persönliche Betroffenheit durch die Inflation und die Hintergründe für ihre Notsituation.

Teilweise gehen Betroffene den Dialogen direkt aus dem Weg und möchten nicht mit Armut oder Bedürftigkeit in Verbindung gebracht werden. Armut ist weiterhin ein schambehaftetes Thema. Schämen sollte sich jedoch die Gesellschaft, dass Mitbürger*innen auf Tafeln angewiesen sind. Wir bedanken uns bei unseren Gesprächspartnern für ihre Ehrlichkeit und ihre Redebereitschaft.

● Rentner, männlich:
"Meine Forderung ist, dass man von dem Geld, was man als Rentner bekommt, auch leben

kann. Aber das geht in diesem Moment sehr schlecht. Ich bin seit zwei Jahren auf die Tafel angewiesen und kann jetzt beobachten, dass immer mehr Menschen kommen und immer mehr Lebensmittel fehlen. Wie es weitergehen soll, das kann mir niemand sagen..."

● Eine Besucherin lehnt unser Gesprächsangebot ab, kommt aber wenige Sekunden später zurück: Sie fühlt sich unsichtbar, keiner Gruppe zugehörig, niemand kann verstehen, dass sie keinen Gefallen an ihrer Situation hat:

"Die Verantwortlichen sollen sich schämen, wieso ich? Wir schweigen uns hier alle gegenseitig an, es gibt kaum einen Dialog zwischen den Menschen. Entweder die Leute wollen unerkannt bleiben, sie haben nichts zu sagen oder sie möchten nur schnell weg. Du siehst hier mehr als nur Armut. Schaut hin, die Menschen kommen teilweise mit ihren Kleinkindern hier her, so etwas brennt sich doch ein in Kinderköpfe, überlegen Sie mal: »Mama und Papa können mir kein Essen geben, wir

müssen das Essen von draußen abholen.« So etwas kann für Eltern nicht leicht sein, ist doch klar. Aber wir sind nicht sichtbar für die Leute, eher Sorgenkinder. Die Leute müssen verstehen, dass wir keinen Gefallen an unserer Lage haben. Wir ziehen hier niemanden über den Tisch für Gratis-Essen. Für Essen anzustehen ist entwürdigend. Gäbe es Interesse daran, armen Menschen unter die Arme zu greifen, dann würden wir hier nicht stehen."

● Eine weitere Betroffene mit Migrationshintergrund sagt, dass sie froh und dankbar ist, dass es Angebote wie die Tafel gibt. Sie war mindestens 15 Jahre prekär beschäftigt und fragt sich, wie es um sie und ihren Ehemann steht, wenn beide ein höheres Alter erreicht haben:

"Wir sparen, wo wir können. Jetzt ist die Frage, wo wir noch sparen können, wenn Preise weiter steigen und bei der Tafel immer weniger Essen liegt. Will man uns verstehen?"



Mietspiegel fördert Mieterhöhungen!

Ein Mietspiegel soll Vermieter*innen und Mieter*innen gleichermaßen helfen, eine sogenannte ortsübliche Miete zu vereinbaren. Er soll Mieter*innen eine erste Information geben, ob die Miete in ihrer Höhe auch gerechtfertigt ist. In Bielefeld gibt es einen sogenannten qualifizierten Mietspiegel. In ihm wird nach statistischen Grundlagen (leider nur über eine Vermieterbefragung) die Entwicklung der Miete ermittelt. Er wird alle zwei

Jahre aktualisiert. Allerdings – und das ist das Problem – fließen nur die Daten von Neuvermietungen und Mieterhöhungen der letzten sechs Jahre ein. Er stellt also nicht den Durchschnitt aller

Mieten dar: Niedrigere Mieten, die seit vielen Jahren nicht erhöht wurden, bleiben unberücksichtigt. Der Bielefelder Mietspiegel hat noch eine Besonderheit, die für Mieter*innen nicht gut nach-

vollziehbar ist. Es wird zwar eine sogenannte „Standardwohnung“ beschrieben, aber die Beschreibung ist bei weitem nicht ausreichend. Das hat auch das Bielefelder Landgericht so gesehen: Mit Beschluss (Aktenzeichen 22 S 71/19) weist das Gericht auf die unbestimmten, auslegungsbedürftigen Inhalte hin. Leider ist dieses bis heute nicht geändert worden. Das hat auch damit zu tun, dass das Mietspiegel-

Gremium im Wesentlichen mit Personen besetzt ist, die eher von höheren Mieten profitieren.

Bei ungerechtfertigten Mieterhöhungen können Mieter*innen sich wehren: Sie müssen überzogenen Mieterhöhungen nicht zustimmen. Es gibt in Bielefeld mehrere Beispiele, dass sich Mieter*innen mit Unterstützung der LINKEN erfolgreich wehren konnten – auch vor Gericht.

Bernd Vollmer
Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss



Schulen auf dem Weg ins digitale Zeitalter



Um allen Schüler*innen eine gleiche Chance für den Einstieg in die digitale Welt zu ermöglichen, wurde in Bielefeld der Medienentwicklungsplan auf den Weg gebracht. Bis 2027 investiert die Stadt rund 64 Mio. Euro. Dabei ist die Ausstattung mit Breitbandanschlüssen und WLAN bereits abgeschlossen. Glasfaser liegt dort, wo es mit überschaubarem Aufwand möglich war.

DIE LINKE hat sich dafür eingesetzt, dass die Stadt für die

Ausstattung mit digitalen Endgeräten sorgt: jede*r Schüler*in soll das gleiche Tablet bekommen. Damit werden soziale Ungleichheiten vermieden. Dazu finanziert die Stadt bis zu einer 1:2 Ausstattung (ein Gerät zwei Schüler*innen) die Kosten für mobile Endgeräte und den Ersatz der bisher angeschafften Tablets. Die wünschenswerte 1:1 Ausstattung wird erfolgen, wenn das Land seiner finanziellen Verpflichtung für die Anschaffung nachkommt und die notwendi-

gen Stellen für den Service finanziert.

Eigentlich ist das Land für die kompletten Anschaffungskosten zuständig – doch geklärt ist das bisher nicht. Da auch noch ungeklärt ist, wer die Kosten für das notwendige Technikpersonal übernimmt, hat der Bielefelder Rat mit Zustimmung der LINKEN zunächst selbst zusätzliche IT-Stellen geschaffen.

Bernd Vollmer

Vorsitzender

Digitalisierungsausschuss

Fachkräfteaktionsplan

Für Pflege- und Erziehungsdienste!

Der Fachkräftemangel in den Pflege- und Erziehungsberufen ist auch in Bielefeld spürbar. Allein in NRW fehlen laut einer Bertelsmann Studie bis 2030 rund 62.000 Erzieher*innen. Diese sind nötig, um eine kindgerechte Personalausstattung in allen Kitas sowie den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz zu gewährleisten. Noch bedrohlicher sieht die Situation in der Pflege aus. Die Gewerkschaft ver.di spricht von 100 000 fehlenden Pflegefachkräften in den Kliniken und mind. weiteren 100 000 Pflegekräften, die in der

Altenpflege fehlen. Tendenz steigend!

Mit einem Fachkräfteaktionsplan hat die „Linkskoalition“ die Stadtverwaltung bewegt erste konkrete Handlungsansätze zur Beseitigung des Fachkräftemangels im Pflege- wie im Erziehungsbereich zu gehen. Mit einem Budget von 100 000€ startet in Bielefeld ein Fachkräfteaktionsplan, mit dem es darum geht mehr Nachwuchskräfte für diese Berufsfelder zu aktivieren und die Rahmenbedingungen zur Steigerung der beruflichen Attraktivität zu verbessern. Mit der Übernahme

des AWO-Berufskollegs leistet die Stadt Bielefeld aktuell selbst einen guten Beitrag zur Sicherung einer Ausbildungsstätte für

Erzieher*innen und kann somit auch Einfluss auf die Qualität und den Ausbau der Ausbildungsplätze von Fachkräften nehmen.



Für die Pflegeberufe aber geht es der LINKEN noch um mehr! Fachkräfte in diesen Berufsfeldern müssen besonders über bessere Arbeitsbedingungen für ihrem Beruf neu motiviert und am Arbeitsplatz gehalten werden. Kolleg*innen, die ihren „Traumberuf“ aufgrund der belastenden Arbeitsbedingungen schon hinter sich gelassen haben, müssen aktiv zurückgewonnen werden. Wie das aussehen kann, zeigt ein Modell der Arbeiterkammer in Bremen.

Dominik Goertz

Mitglied im

Jugendhilfeausschuss

DIE LINKE. im Rat

Unsere SPD-Grüne-LINKE Ratskoalition hat den städtischen Haushalt für das Jahr 2023 beschlossen. Nach der Corona-Krise und der gegenwärtigen Inflation wollen wir die Menschen nicht alleine lassen und jetzt investieren.

Trotz finanzieller Risiken soll das 900-Millionen-Euro-Bauprogramm fortgeführt werden. Nach vielen Jahren Nothaushalt und Kürzungspolitik muss jetzt vor allem in Bildung, Schulen und Infrastruktur investiert wer-

den. Dazu müssen viele neue Menschen eingestellt werden – der Stellenplan wächst um rund 250 Stellen: 10 Stellen sind für das Bauamt bestimmt, unter anderem für Planungsaufgaben; 11 Mehrstellen sind im Umweltamt vorgesehen; 65,5 sind für die Feuerwehr. Für die sozialarbeiterische Betreuung von Kindern, Jugendlichen und Familien werden zusätzlich 33 Menschen benötigt. Alleine 17 Mehrstellen in der Wohnungshilfe sollen dafür

sorgen, dass die erwarteten Wohngeldanträge nach dem neuen Wohngeldgesetz bearbeitet werden können. Das Amt für soziale Leistungen wird um mehr als 39 Mitarbeiter*innen aufgestockt.

Auch die sozialen Angebote über die freien Träger der Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe werden deutlich ausgeweitet: sie erhalten dazu von der Stadt mehr als 19 Millionen Euro.

Dr. Dirk Schmitz
Ratsmitglied

Sprechzeiten der Ratsfraktion DIE LINKE

Altes Rathaus
Niederwall 25
33602 Bielefeld

Mo., Di., Mi., Do.:
11-16 Uhr
Fr.: 11-14 Uhr

Telefon: 0521-515080

die.linke@bielefeld.de

www.linksfraktion-
bielefeld.de